

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bildung ist für uns alle ein vorherrschendes Thema, welches dank aktiver Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten wieder in allen Mündern ist. Das politisierende Instrument des Bildungsstreikes ist schon lange keine innerdeutsche Stimmung, sondern vielmehr eine Internationale Bewegung. In dieser herrscht eine große Solidarität unter allen Lernenden.

Umso mehr nervt es mich, wenn Frau Merkel, Frau Schawan oder jemand anderes der hornissenkoalition von einer Bildungsrepublik spricht. Denn schwarz-gelb verhindert diese Bildungsrepublik mehr, als dass sie diese überhaupt fördern wollen. Umso mehr müssen wir Berlinerinnen und Berliner uns solidarisch mit allen Lernenden erklären, welche unter eine schwarzen-gelben Landesregierung leben müssen und somit auch mit Studiengebühren zurechtkommen müssen. Unser beschlossener Leitantrag, ist da ein richtiges Zeichen. Da gibt es noch viel zu tun!

Doch sollten wir auch auf das Bildungssystem unserer Stadt schauen. Wir stehen in Berlin vor einer Schulstrukurreform. Bei dieser sollte es nicht nur um Stunden und Leistungen gehen, sondern, und das viel mehr, um den sozialen Aspekt, welchen die Schule bieten kann und sollte.

Der vorliegende Antrag fordert daher vieles, was das Zwischenmenschliche und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Schule fördern soll. So sollen Schülerinnen und Schüler einer Schule sich aussuchen können, ob sie bei Problemen oder Sorgen zu einer ausgebildeten psychologischen Hilfskraft gehen, oder zu einer ausgebildeten Vertrauenslehrerin bzw. zu einem dafür ausgebildeten Vertrauenslehrer, oder zu einer Mitschülerin bzw. eines Mitschülers aus dem eigenen Jahrgang.

Es kann doch nicht sein, dass in unserer Stadt auf eine Psychologin bzw. Psychologen 6130 Schülerinnen und Schüler und zusätzlich 434 Lehrkräfte kommen. Wer kann denn bei ca. 6450 Menschen von einer gesicherten Betreuung sprechen? Die Proteste im Bildungsstreik machen doch auch deutlich, dass wir zunehmend in einer Leistungsgesellschaft leben.

Schule sollte ein Ort sein, in welchem Schülerinnen und Schüler auch Menschen finden, welche ihnen nicht nur Unterrichtsinhalte näher bringen, sondern ihnen auch eine Stütze bei Problemen oder Sorgen bieten. Schule soll auch Werte mitgeben, Werte wie Verantwortungsbewusstsein füreinander. Nicht nur die geschehenen Amokläufe an den Schulen zeigen, dass es Menschen gibt, die überfordert sind. Auch der Bildungsstreik zeigt, dass sich Schülerinnen und Schüler unter Schule mehr vorstellen können und auch wollen, als einen Ort in welchem sie das von der Lehrkraft vermittelte einfach nur wiedergeben. Schulen und Universitäten müssen wieder zum Anlaufpunkt werden, für diejenigen die Hilfe suchen und auch dringend benötigen.

Es muss zu einem gleichberechtigten Dialog zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern kommen, denn das ist Grundlage, sodass unsere Schulen wieder sozialer und demokratischer werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen für Bildungschancen für jeden Lernenden sorgen. Egal, ob Kindergarten, Schule, Berufsschule oder Universität – Bildungseinrichtungen müssen auch einen sozialen Ort darstellen und dafür benötigen wir Sozialpädagogen, Sozialhelfer und auch gesunde und motivierte Lehrerinnen und Lehrer.

In diesem Sinne bitte ich euch, diesen Antrag zuzustimmen, sodass wir als Jusos deutlich machen, dass wir uns mit den Streikenden solidarisch erklären und das wir für eine soziale Schule stehen!